

Politische Beteiligung: Mehr Bewusstseinsbildung notwendig

(12.10.2023) Das Interesse an Politik ist in Österreich mäßig. Während sich die Teilnahme an Volksbegehren und Petitionen weitgehend etabliert hat, werden andere Möglichkeiten der politischen Teilhabe selten genutzt. Jüngere Generationen sind weniger politisch aktiv als ältere Bevölkerungsgruppen - mit Ausnahme von Demonstrationen und politischen Diskussionen in sozialen Netzwerken. Die Wahlbeteiligung ist bei Europawahlen am niedrigsten.

Für einen erheblichen Teil der Bevölkerung spielt Politik keine zentrale Rolle im täglichen Leben. In einer Umfrage des Österreichischen Gallup-Instituts* gaben 30% der Befragten an, „sehr oft“ Nachrichten über Politik zu verfolgen, weitere 29% „oft“. 22% konsumieren Politiknachrichten nur manchmal und 19% selten bis nie. Noch geringer ist mit 39% der Anteil derjenigen, die sich regelmäßig mit anderen Menschen über politische Themen austauschen. 61% tun dies nur gelegentlich bis nie.

Männer zeigen ein stärkeres Interesse an politischen Nachrichten und führen häufiger Gespräche zu politischen Themen als Frauen. Anhänger:innen der ÖVP und der Grünen konsumieren Politiknachrichten intensiver als Sympathisant:innen anderer im Parlament vertretenen Parteien, während sich FPÖ-Affine im Parteienvergleich am häufigsten an politischen Diskussionen beteiligen.

Sowohl der Nachrichtenkonsum als auch der informelle Austausch über Politik nehmen mit dem Alter zu. Während nur 33% der jüngeren Menschen bis 30 Jahre sehr oft oder oft politische Nachrichten verfolgen, beträgt dieser Anteil bei den 31- bis 50-Jährigen 50% und bei den über 50-Jährigen bereits 75%. Ein Fünftel der Jungen und die Hälfte der über 50-Jährigen berichten von häufigen Gesprächen über politische Themen.

Die Möglichkeiten der politischen Beteiligung bleiben größtenteils ungenutzt

Volksbegehren und Petitionen haben sich in Österreich als weitverbreitete Formen der politischen Teilhabe etabliert. Laut eigenen Angaben haben in der Vergangenheit fast drei Viertel der Bevölkerung bereits einmal ein Volksbegehren und knapp zwei Drittel eine Petition unterschrieben. Im Vergleich dazu ist die Bereitschaft zu demonstrieren mit 25% weitaus geringer.

Um auf Missstände aufmerksam zu machen, haben 33% bereits Kontakt zu Ämtern und Behörden aufgenommen, 28% zu Politiker:innen und 19% zu Medien. 29% haben an Veranstaltungen und Vorträgen zu politischen Themen teilgenommen, 23% an politischen Diskussionen in sozialen Netzwerken. Weniger als ein Fünftel hat sich bisher an Bürger:innenversammlungen beteiligt.

Auch das Wahlkampfengagement ist hierzulande überschaubar. 25% der Befragten sagen, dass sie schon einmal Überzeugungsarbeit für eine bestimmte politische Partei geleistet haben. Ähnlich viele (23%) haben an Wahlkampfveranstaltungen teilgenommen, 17% haben im Wahlkampf eine Partei aktiv unterstützt.

Die informelle politische Beteiligung ist in den älteren Bevölkerungsschichten stärker ausgeprägt als in den jüngeren - mit Ausnahme von Demonstrationen und Diskussionen in sozialen Netzwerken. Während sich 32% der jungen Menschen bis 30 Jahre zur Teilnahme

an Demonstrationen bekennen, beträgt dieser Anteil bei den über 30-Jährigen 23%. Ähnlich verhält es sich bei politischen Diskussionen in sozialen Netzwerken (31% der Jungen und rund ein Fünftel der über 30-Jährigen beteiligen sich an diesen). Männer sind bei allen Formen der nicht-institutionalisierten politischen Beteiligung aktiver als Frauen. Die Sympathisant:innen der Grünen nehmen die meisten Möglichkeiten der politischen Partizipation häufiger wahr als Anhänger:innen anderer Parteien.

Die Leiterin des Gallup-Instituts, Andrea Fronaschütz, meint dazu: *„Es ist erfreulich zu sehen, dass breite Bevölkerungsschichten durch die Teilnahme an Volksbegehren und Petitionen auf ihre Anliegen aufmerksam machen. Gleichzeitig ist es notwendig, das Bewusstsein für andere Formen der politischen Beteiligung zu schärfen und zum Mitwirken am politischen Prozess zu mobilisieren. Bei jungen Menschen bieten sich dafür unter anderem soziale Netzwerke als Plattform an.“*

Bevölkerungsgruppen, die einer Verbesserung ihrer Lebenssituation bedürfen, machen wenig von ihrem Wahlrecht Gebrauch

Die institutionalisierte politische Beteiligung beschränkt sich im Wesentlichen auf den Gang zur Wahlurne. Nur 12% der Bevölkerung geben an, Mitglied einer politischen Partei zu sein, 34% verfügen über Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Vereinen. 27% leisten ihren Beitrag zur Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement.

Jeweils knapp drei Viertel berichten, dass sie regelmäßig („immer“) an Bundespräsidenten- und Nationalratswahlen teilnehmen. Zu Landtagswahlen gehen laut Selbstauskunft regelmäßig 70% der Befragten, zu Gemeinderatswahlen 67% und zu Europawahlen 56%.

Die Wahlbeteiligung und das Engagement in gemeinschaftlichen Lebensbereichen (Ehrenamt, Vereinen) nehmen mit dem Alter, der Bildung und dem Einkommen zu und sind bei Männern stärker als bei Frauen ausgeprägt. Die Anhänger:innen der Grünen, der NEOS und der ÖVP beteiligen sich regelmäßiger an Wahlen und engagieren sich häufiger bei Vereinen und im Ehrenamt als Sympathisant:innen der SPÖ und der FPÖ.

„Leider machen gerade jene Menschen wenig von ihrem Wahlrecht Gebrauch, die einer Verbesserung ihrer Lebenssituation bedürfen. Es liegt in der Verantwortung der politischen Akteure, niederschwellige Angebote zu schaffen und Barrieren abzubauen, die politische Partizipation für diese Bevölkerungsgruppen erschweren“, so Fronaschütz abschließend.

Rückfragehinweis:
Andrea Fronaschütz
a.fronaschuetz@gallup.at
Tel. +431 470 47 24-13

Das Österreichische Gallup-Institut
Lobkowitzplatz 1
1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859

Foto: Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, www.beahasler.at

* Gallup-Stimmungsbarometer: Eigenstudie des Österreichischen Gallup-Instituts, 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren (Methode: „Computer Assisted Web Interviewing“ im Gallup-Onlinepanel, durchgeführt zwischen 19. und 22. September 2023)